BAYERISCHER STÄDTETAG
Verband der zentralen Orte Bayerns

Informationsbrief

Nr. 4/2012
April

- **Maly: Solidarität ist keine Einbahnstraße.** Seite 1
- **Spielhallen: Städte mahnen weitere Maßnahmen an.** Seite 3
- **Bei der Inklusion muss sich der Staat mehr engagieren.** Seite 4
- **Kassenstatistik 2011: Zuwachs bei Steuereinnahmen.** Seite 5-6
- **Beitragsentlastung beim letzten Kindergartenjahr.** Seite 7
- **Energie-Effizienz-Pakt Bayern: Gebäudeeffizienz** Seite 8

Impressum
Herausgeber:
Bayerischer Städtetag, Körperschaft des öffentlichen Rechts,
Prannerstraße 7, 80333 München
Briefanschrift: Postfach 10 02 54, 80076 München,
Tel. 089/29 00 87- 0, Fax: 089/29 00 87- 70
E-Mail: post@bay-staedtetag.de
Internet: www.bay-staedtetag.de
Verantwortlich: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Bernd Buckenhofer
Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München
Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

Solidarität ist keine Einbahnstraße

Von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags

In der Sache kann man für die Forderungen von Kommunalpolitikern aus Nordrhein-Westfalen ein gewisses Maß an Verständnis haben, die den Solidarpakt beenden wollen – gerade, wenn man auf die prekäre Finanzsituation einzelner Kommunen in NRW blickt, die ihren Soli zum Teil über Kredite finanzieren müssen. Trotz aller nachvollziehbarer Kritik in der Sache, sollte man aber in der Form nicht überziehen.

Wer auf der einen Seite Solidarität einfordert, kann nicht gleichzeitig auf der anderen Seite Solidarität aufkündigen. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wenn es einem selbst schlecht geht, hilft es wenig, begehrlich auf das Geld von anderen zu schielen. Es ist jedoch legitim, nach 20 Jahren den Solidarpakt zu hinterfragen. Deshalb sollte nach der nächsten Bundestagswahl im Jahr 2013 das Finanzierungssystem überprüft werden, damit für die Kommunen bis 2019 eine rechtssichere und planbare Finanzierung steht. Die Verteilung der Mittel muss sich zuerst nach der Bedürftigkeit richten und sollte nicht nach der geographischen Lage der Kommunen ausgerichtet werden.

Der Solidarpakt auf Bundesebene schlägt sich neben der von den Kommunen direkt zu leistenden erhöhten Gewerbesteuerumlage (das waren

im vergangenen Jahr 115 Millionen Euro) letztlich auch im bayerischen kommunalen Finanzausgleich nieder (Minderung der Masse des allgemeinen Steuerverbunds und damit geringere Schlüsselzuweisungen). Der Soli verursacht Mindereinnahmen im Finanzausgleich, die dann wiederum den bayerischen Kommunen nicht zur Verfügung stehen.

Über der bundesweiten Diskussion um den Solidarpakt dürfen wir die dringend nötige Neukonzeption des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) nicht vergessen. Neben dem Solidarpakt muss die Neuregelung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes angegangen werden. Bund und Länder sind gefordert, möglichst bald eine Nachfolgeregelung für das ab 2014 Stück für Stück bis 2019 auslaufende Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu finden. Der wechselseitige Attentismus zwischen Bund und Ländern nach dem Mikado-Motto „Jeder wartet, bis der Andere sich bewegt“ hilft Niemandem weiter.

Gerade beim Straßennetz und der Verkehrsinfrastruktur gibt es einen massiven Investitionsrückstand, der sich laut einer aktuellen Hochrechnung des Difu-Instituts allein im kommunalen Sektor auf 24,6 Milliarden Euro beläuft. Das ist übrigens neben dem Rückstau bei Investitionen für Schulen und Kindertagesstätten der dickste Brocken. Große Bauprojekte haben einen langen Planungsvorlauf – uns bleibt also keine Zeit mehr.

Wir dürfen das Problem nicht weiter auf die lange Bank schieben. Wer ein effizientes Netz mit Schiene und Straße in unserem Land will, muss jetzt sofort und verlässlich für die Zukunft die nötigen Mittel für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stellen. Wir brauchen Planungssicherheit über 2014 hinaus. Sonst werden uns marode Brücken immer mehr zerbröseln, werden Schlaglöcher sich weiten und Gleisanlagen immer anfälliger für Störungen.

Der Hintergrund: Bis Ende 1994 erhielten die neuen Bundesländer Mittel zur Finanzierung ihrer Haushalte über den Fonds „Deutsche Einheit“. Von 1995 bis 2004 galt der Solidarpakt I, seit 2005 gilt der Solidarpakt II (bis 2019). Bund und Länder tragen gemeinsam die Lasten der deutschen Einheit. Für einen Ausgleich zwischen der kommunalen Ebene und der Landesebene sind die Bundesländer verantwortlich.

Die Mitfinanzierungsquote der westdeutschen Kommunen an den Leistungen der Länder ist durchschnittlich auf 40 Prozent festgelegt. Jeweils die Hälfte wird über die erhöhte Gewerbesteuerumlage (Fonds Deutsche Einheit, Solidarpakt) sowie über den kommunalen Finanzausgleich erbracht. In Bayern erhielten die Kommunen seit 2005 schrittweise eine Erleichterung bei der Solidarumlage: Der Anteil der bayerischen Kommunen wurde von 1995 bis einschließlich 2007 über die sogenannte Solidarumlage erbracht.

Der jeweilige Anteil einer Kommune richtete sich nach ihrer Umlagekraft. Zur teilweisen Entlastung der Kommunen von ihrem Mitfinanzierungsanteil ist im Jahr 2005 die Solidarumlage schrittweise abgeschafft worden. Der Freistaat Bayern hat im Jahr 2006 20 Prozent, im Jahr 2007 50 Prozent übernommen, ab dem Jahr 2008 ist die Solidarumlage ganz abgeschafft worden. Allerdings zahlen die Kommunen weiterhin den Erhöhungsanteil an der Gewerbesteuerumlage.

Gesetzentwurf des Ministerrats zu Spielhallen

Städte mahnen weitere Maßnahmen an

Der Bayerische Städtetag hält die Beschränkungen für private Spielhallen im neuen Gesetzentwurf des Ministerrats für einen wichtigen Schritt, um der Spielhallenflut entgegen zu treten. Spielhallenbetreiber benötigen künftig eine eigene glücksspielrechtliche Erlaubnis. Damit soll es keine Mehrfachkonzessionen für Spielhallen mehr geben und es sollen schärfere Anforderungen an äußere Gestaltung und Werbung für Spielhallen gelten.

Der Städtetag bedauert, dass die Staatsregierung nur einen Mindestabstand zwischen Spielhallen von 250 Metern schaffen will und es auch bei der für Spielhallen spezifischen Sperrzeit von 3.00 Uhr bis 6.00 Uhr belassen will. Der Städtetag hat darüber hinaus weitere Forderungen gegen Spielhallen angemahnt.

Das bayerische Kabinett hat am 17. April 2012 einen Gesetzentwurf zur Ausführung des Glücksspielstaatsvertrags der Länder beschlossen und dem Landtag zugeleitet. Das Gesetz soll gemeinsam mit dem Glücksspielstaatsvertrag, der derzeit noch von den Länderparlamenten ratifiziert werden muss, zum 1. Juli 2012 in Kraft treten.

Der Gesetzentwurf enthält einige wichtige Regelungen, um die Spielhallenflut einzudämmen. Für den Mindestabstand zwischen den Spielhallen sollten nach Ansicht des Städtetags jedoch - nach dem Vorbild anderer Bundesländer - 500 Meter gelten. Bedauerlich ist auch, dass die Forderung des Städtetags nach einer Sperrzeit für Spielhallen von sechs Stunden nicht berücksichtigt wurde. Die jetzt geplante Mindestsperrzeit von 3.00 bis 6.00 Uhr geht über den Staatsvertrag nicht hinaus, obwohl der Landesgesetzgeber hierzu die Möglichkeit hätte. In der geplanten Ermächtigung für die Kommunen, die Spielhallensperrzeit nach den örtlichen Verhältnissen zu verlängern, sehen die Städte ein Danaer-Geschenk. Seit langem ist bekannt, dass das entsprechende Regel-Ausnahme-System bei der Gaststätten-Sperrzeit in der Praxis erhebliche Probleme bereitet. Für die Kommunen ist es leichter, wenn es eine längere staatlich bestimmte Sperrzeit gibt.

Der Städtetag mahnt ein staatliches Gesamtkonzept an, das die Möglichkeiten zur Eindämmung von Spielhallen für die kommunalen Rechtsanwender zusammenfasst. Darüber hinaus bekräftigt der Städtetag seine Forderung nach besseren Steuerungsmöglichkeiten über das Bauplanungsrecht. Insbesondere sollte die Baunutzungsverordnung dahingehend geändert werden, dass man künftig bei Vergnügungsstätten zwischen Spielhallen und sonstigen Vergnügungsstätten unterscheiden kann.

Aus Sicht des Bayerischen Städtetags sollte der Bund die Spielverordnung so novellieren, dass die im Jahr 2006 geschaffenen Erleichterungen für die Aufstellung von Spielgeräten wieder rückgängig gemacht werden. Bekräftigt hat der Städtetag auch seine Forderung nach einer kommunalen Spielhallen- und Geldspielgerätesteuer.

Kontakt: thomas.kostenbader@bay-staedtetag.de

Kommunen sehen Handlungsbedarf bei der Umsetzung des Schulgesetzes

Bei der Inklusion muss sich der Staat mehr engagieren

Die Kommunalen Spitzenverbände haben in einem gemeinsamen Schreiben an den Kultusminister den dringenden Finanzierungs- und Anpassungsbedarf für die Umsetzung der Inklusion aufgezeigt.

Mit Beginn des neuen Schuljahres hat der Freistaat Bayern die UN-Behindertenrechtskonvention in das Bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz umgesetzt und damit den Grundsatz der Inklusion im Schulbereich verankert. Allerdings hat er versäumt, wichtige Anpassungen vorzunehmen, die für eine erfolgreiche Umsetzung in die Praxis zwingend erforderlich sind. Die kommunalen Spitzenverbände haben aufgezeigt, wo der Schuh besonders drückt:

- Inklusionsbedingte Maßnahmen an Regelschulen sollten umgehend durch eine Anpassung der Schulbauverordnung und der Bestimmungen über die staatliche Förderung des Schulbaus Berücksichtigung finden.

- In Anlehnung an das Investitionsprogramm FAGplus15 sollten auch für inklusionsbedingte Bau- und Investitionsmaßnahmen ein Förderzuschlag sowie eine Verringerung der Fördermindestgrenzen vorgesehen werden.

- Der Staat muss für die inklusive Beschulung ausreichend Lehr- und Betreuungspersonal zur Verfügung stellen und auch die Förderschulen im Hinblick auf das Wahlrecht der Eltern personell besser ausstatten.

- Das Kultusministerium sollte in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden die Kosten für die Umsetzung des Inklusionsgesetzes fortlaufend ermitteln.

Am 10. Mai werden die kommunalen Spitzenverbände den Mitgliedern der interfraktionellen Arbeitsgruppe des Bayerischen Landtags gegenüber den Handlungsbedarf verdeutlichen. Der Vorstand des Städtetags wird sich kurz davor ebenfalls mit der Thematik befassen. Er brachte sie vorab bereits beim parlamentarischen Abend mit der CSU-Landtagsfraktion am 17. April zur Sprache. Dabei zeigte sich auch, dass bei der Konnexität weiter auf die kategorisch ablehnende Haltung des Kultusministeriums abgestellt wird, während das Land Niedersachen die Konnexität dem Grunde nach anerkennt.

Kontakt: manfred.riederle@bay-staedtetag.de

Sie können den INFORMATIONSBRIEF auch elektronisch beziehen: www.bay-staedtetag.de gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „**Elektronischer Abodienst**“ und klicken **„Informationsbrief und PR-Mitteilungen“** an, um sich anzumelden.

Ergebnisse der Kassenstatistik der bayerischen Kommunen

Zuwachs bei den Steuereinnahmen im Jahr 2011

Die gute konjunkturelle Entwicklung hat im Jahr 2011 die Kassenlage der bayerischen Kommunen verbessert. Der positive Finanzierungssaldo beträgt 625 Millionen Euro. Dieser positive Effekt darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die strukturellen Defizite der Städte und Gemeinden nach wie vor bestehen bleiben. Außerdem handelt es sich lediglich um einen Gesamtsaldo, dem immerhin ein Rekordsteueraufkommen zugrunde lag.

Die Probleme auf der Ausgabenseite (insbesondere bei den Soziallasten) sind nach wie vor ungelöst, weshalb für die bayerischen Kommunen bei der Finanzlage keine Entwarnung gegeben werden kann.

Die Gesamteinnahmen verzeichneten 2011 mit 31,377 Milliarden Euro einen Zuwachs von 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Steuereinnahmen haben im abgelaufenen Haushaltsjahr für die Kommunen eine Entspannung gebracht. Hier gab es ein Plus von 10,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr, sie liegen nun mit 13,5 Milliarden Euro leicht über dem Steueraufkommen des Vorkrisenjahres 2008. Der größte Anstieg vollzog sich bei der Gewerbesteuer, was sich bereits nach den ersten drei Quartalen 2011 abzeichnete. Das Netto-Gewerbesteueraufkommen steigerte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 20 Prozent auf 6,061 Milliarden Euro.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer liegt mit 5,160 Milliarden Euro leicht über dem Vorjahr (plus 4,31 Prozent). Wenig überraschend ist der Sprung bei der Umsatzsteuerbeteiligung um 6,5 Prozent auf 0,578 Milliarden Euro. Die Entwicklung bei den Steuereinnahmen ist Ausfluss des starken Wirtschaftswachstums, das sich für Bayern mit einem preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt von plus 2,9 Prozent messen lässt. Die investiven Einnahmen verringerten sich um etwa 10 Prozent auf 3,417 Milliarden Euro, was überwiegend auf die niedrigeren Veräußerungserlöse zurückzuführen ist.

Die kassenmäßigen Gesamtausgaben der Kommunen nahmen mit 30,752 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr eine moderate Entwicklung (plus 1,23 Prozent). Den größten Anstieg auf der Ausgabenseite gab es bei den Leistungen der Sozialhilfe um rund 5 Prozent auf 4,760 Milliarden Euro.

Trotz der Entlastung durch den Bund bei der Grundsicherung im Alter bereiten den Kommunen die weiter steigenden Sozialausgaben große Probleme. Für das Jahr 2012 wird ein Anstieg um 4,3 Prozent erwartet und die Sozialausgaben werden dann bundesweit bei 45,5 Milliarden Euro liegen. Die Forderung des Städtetags nach weiteren Entlastungsschritten bleibt daher aktuell.

Mit einem Plus von 2,5 Prozent nahmen die Personalausgaben einen verkraftbaren Anstieg. Aufgrund des jüngsten Tarifabschlusses bei den Tarifbeschäftigen (plus 6,3 Prozent für zwei Jahre) wird der Anstieg im laufenden und kommenden Haushaltsjahr höher ausfallen. Bei den Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen gab es einen deutlichen Rückgang um 9,4 Prozent auf 5,583 Milliarden Euro, der jedoch in Relation zum letztjährigen Anstieg um 18,1 Prozent zu sehen ist. Da in diese Gruppierungsebene u. a. der Bauunterhalt einfließt, sind Sprünge in dieser Größenordnung keine Seltenheit.

Die Bauinvestitionen bewegten sich mit 4,575 Milliarden Euro auf dem Niveau des Vorjahres

(plus 0,5 Prozent). Im Vorjahr gab es hier einen kräftigen Anstieg um 16,3 Prozent. Dabei fließen in die Schulen mit rund 22,5 Prozent (1,029 Milliarden Euro) sowie in den Straßenbereich mit rund 21,5 Prozent die größten Anteile. Mit Auslaufen der Investitionsmaßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz (insbesondere Konjunkturpaket II) werden sich die Baumaßnahmen in 2012 voraussichtlich wieder deutlich verringern.

Im Ergebnis schlossen die Kommunen das Jahr 2011 mit einem positiven Finanzierungssaldo von 625 Millionen Euro ab. In den beiden Vorjahren mussten dagegen Defizite in Höhe von 155 Millionen Euro (2009) und 352 Millionen Euro (2010) verkraftet werden. Grund für den positiven Saldo waren die starken Zuwächse bei den Steuereinnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer. Für die Gesamtheit der Kommunen in Deutschland beträgt das Jahresdefizit 2,5 Milliarden Euro (Vorjahr 7,7 Milliarden Euro).

Der positive Finanzsaldo der bayerischen Kommunen mag auf den ersten Blick eine Entspannung der Finanzlage signalisieren, kann aber keinen substanziellen Beitrag zur Linderung der kommunalen Finanznot leisten. Der Schuldenstand der Kommunen in Bayern betrug zum Jahresende 13,724 Milliarden Euro und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3 Prozent verringert. Bei den Kassenkrediten gab es gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 8 Prozent auf 0,362 Milliarden Euro. Bundesweit haben die Kassenkredite inzwischen eine Summe von 44 Milliarden Euro erreicht.

Kontakt: johann.kronauer@bay-staedtetag.de

Publicus-Kongress in Stuttgart

Reinhold Gall, Innenminister des Landes Baden-Württemberg, wird die Grußworte des 1. PUBLICUS-Kongress am 21. Mai 2012 in Stuttgart sprechen. Dies belegt die hohe Bedeutung der Kongressthemen für die Zukunft der Kommunen und kommunalen Unternehmen. Unter dem Leitmotiv »Blickpunkt Kommune – Chancen und Risiken in Zeiten der Krise« widmet sich der 1. PUBLICUS-Kongress am 21. Mai 2012 in Stuttgart den Brennpunkten Kommunalfinanzen, Konzessionen in der Energiewirtschaft sowie Compliance und Corporate Governance.

Der Kongress ist die Jahresveranstaltung von PUBLICUS – dem Online-Magazin für das öffentliche Recht aus dem Richard Boorberg Verlag. Dies ist ein Medium für Entscheider in den Verwaltungen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie öffentlichen Unternehmen, Institutionen, die Justiz, Anwaltschaft und praxisorientierte Wissenschaft. Die einzelnen Vorträge von Referenten aus dem öffentlichen Sektor vermitteln einen Überblick über kommunale Kernfragen. Zwischen den Vorträgen und am Begrüßungsabend am 20. Mai 2012 besteht die Möglichkeit, sich mit Kollegen auszutauschen.

Termin: 20./21. Mai 2012, Ort: Stuttgart, Haus der Geschichte. Mitglieder des Bayerischen Städtetags erhalten eine Ermäßigung der Teilnahmegebühr. Internet und Anmeldung www.publicus-boorberg.de/alias/kongress. Mitglieder des Bayerischen Städtetags erhalten eine Ermäßigung der Teilnahmegebühr.

Zuschuss zu Gebühren für letztes Kindergartenjahr

Beitragsentlastung für Eltern soll auch Kommunen helfen

Ab dem Kindergartenjahr 2012/2013 erhalten die Eltern für Kinder im letzten Kindergartenjahr einen Beitragszuschuss in Höhe von 50 Euro monatlich pro Kind. Im Kindergartenjahr 2013/2014 soll der Zuschuss auf 100 Euro verdoppelt werden.

Trotz der kritischen Haltung des Bayerischen Städtetags gegenüber einem gebührenfreien dritten Kindergartenjahr hat die Bayerische Staatsregierung Ende März 2012 einen Beitragszuschuss für Kinder im letzten Kindergartenjahr beschlossen. Die Städte sind der Auffassung, dass weit über 90 Prozent der Vorschulkinder das letzte Kindergartenjahr besuchen und daher ein weiterer Anreiz, in den Kindergarten zu gehen, nicht nötig ist. Außerdem wäre es nach Ansicht des Städtetags sinnvoller, die weit über 60 Millionen Euro in diesem und die 120 Millionen Euro ab dem nächsten Jahr in die Verbesserung der Qualität der Kindertageseinrichtungen zu stecken.

Erfreulich bleibt aus Sicht der Kommunen, dass der Beitragszuschuss in einem relativ unbürokratischen Verfahren gewährt und auch für Entlastungen der Kommunen eingesetzt wird. Denn der Zuschuss wird im Rahmen der laufenden Kindergartenförderung an die Kommunen ausbezahlt und von der Kommune an den Einrichtungsträger weitergeleitet.

Um Mitnahmeeffekte auszuschließen, wird den Einrichtungen vorgegeben, dass für die Altersstufe „drei Jahre bis zur Einschulung“ einheitliche Elternbeiträge ausgewiesen werden müssen. Die tatsächlich von den Eltern zu bezahlenden Beiträge im letzten Kindergartenjahr sollen dann den Elternbeiträgen für diese Altersklasse entsprechen, reduziert um die Höhe des staatlichen Zuschusses von 50 Euro. Ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 wird der Zuschuss auf 100 Euro steigen. Sollte der Elternbeitrag der Einrichtung unter 50 beziehungsweise 100 Euro liegen, darf die Einrichtung den Restbetrag behalten und muss ihn zur Beitragssenkung insgesamt verwenden.

Eine Entlastung für die Kommunen kann sich dann ergeben, wenn seitens der Kommune eine Beitragsfreistellung aus sozialen Gründen oder wegen einer generellen Beitragsfreiheit erfolgt. In diesen Fällen verbleibt der staatliche Zuschuss bei der Kommune. Ähnliches gilt für diejenigen Fälle, in denen die wirtschaftliche Jugendhilfe des Landkreises oder der kreisfreien Stadt die Elternbeiträge übernimmt. Er wird um die 50 beziehungsweise 100 Euro entlastet.

Der Entlastungsbetrag von 100 Euro entspricht nach Ermittlungen des Freistaats dem durchschnittlichen Kindergartenbeitrag in Bayern. In einem ersten Schritt übernimmt der Freistaat hier die Hälfte und im zweiten Schritt den kompletten durchschnittlichen Kindergartenbeitrag.

Kontakt: julius.forster@bay-staedtetag.de

Energie-Effizienz Pakt Bayern

Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Gebäudeeffizienz

Das Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung von 2011 sieht unter anderem den Abschluss eines „Energie-Effizienz-Paktes Bayern“ vor. Darin sollen sich möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen mit einem maßgebenden Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe des Umbaus der Energieversorgung verpflichten. Diese auf Freiwilligkeit basierende Initiative wird in einem Arbeitsforum und in Facharbeitsgruppen vorbereitet und erarbeitet. Das Arbeitsforum Energieeffizienz/Energieeinsparung erarbeitet Grundzüge und Maßnahmen bis Sommer 2012.

Der Bayerische Städtetag nimmt am Arbeitsforum und an mehreren Facharbeitsgruppen teil und vertritt dort die Belange seiner Mitglieder.

Am 26. März 2012 fand die konstituierende Sitzung der Facharbeitsgruppe „Verbesserung der Gebäudeeffizienz“ im Bayerischen Wirtschaftsministerium statt. Die Facharbeitsgruppe diskutierte unter dem Vorsitz der Moderatoren Gottfried Weiss (Oberste Baubehörde) und Dr. Roland Hofer (E.ON Bayern AG) die Bedeutung der Gebäudeeffizienz für die Energiewirtschaft, sammelte Fakten, die im erläuternden Text des Energieeffizienzpakts dargestellt werden sollen und forderte die Teilnehmer auf, in einem Projektblatt konkrete Vorhaben, Ideen und Absichten für die Zukunft in einer Art Selbstverpflichtung vorzuschlagen. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe finden, wie die der anderen fünf Facharbeitsgruppen, Eingang in den Energie-Effizienz Pakt.

Die Arbeitsgruppe einigte sich auf folgende Gliederung, die anhand der umfangreichen Diskussion im ersten Treffen von den Moderatoren ausformuliert wird:

- Effizienz in Gebäuden als Schlüssel für die Energiewende

- Betrachtung von verschiedenen Gebäudegruppen (Einzelfamilienhäuser, Wohngebäude, Industriegebäude; Wohnwirtschaft und Gewerbe)

- bessere Information und Beratung als Voraussetzung von gesellschaftlicher Akzeptanz von Gebäude-Effizienz-Steigerung

- ganzheitliche Ansätze

- Zielgruppenbetrachtung („Zwang oder Anreiz“)

- politische Handlungsempfehlungen.

Die Facharbeitsgruppe wird sich nochmals Ende Mai 2012 treffen. Im Herbst, spätestens aber im Winter 2012 soll der Energie-Effizienz-Pakt unterzeichnet werden.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Persönliche Nachrichten

Geburtstage

Im April 2012 feiern

den 80. Geburtstag: Altbürgermeister **Lucian Breuninger**, Freilassing, ehemals Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags,

den 70. Geburtstag: Erster Bürgermeister a. D. **Dr. Jürgen Walchshöfer**, Dinkelsbühl, ehemals Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags,

den 65. Geburtstag: Bürgermeister **Karl-Heinz Ernstberger**, Mitterteich, Bürgermeisterin **Renate Hof**, Prien a. Chiemsee, Bürgermeister **Werner Hipelius**, Bamberg, Mitglied im Kulturausschuss des Bayerischen Städtetags,

den 60. Geburtstag: Oberbürgermeisterin **Gabriele Bauer**, Rosenheim, Bürgermeister **Franz Former**, Furth im Wald, Bürgermeister **Leo Meier**, Rain, Bürgermeister **Ludwig Weigand**, Iphofen,

den 50. Geburtstag: Bürgermeisterin **Dr. Birgit Seeholzer**, Trostberg, Bürgermeister **Martin Stingl**, Neustadt b. Coburg.

Wahlen

Neu gewählt wurden Stadtrat **Tobias Eschenbacher** zum Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Freising, Stadträtin **Brigitte Merk-Erbe** zur Oberbürgermeisterin von Bayreuth, **Mathias Neuner** zum Oberbürgermeister von Landsberg am Lech, **Andreas Steppberger** zum Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Eichstätt.

Wieder gewählt wurde Oberbürgermeister **Dr. Herbert Lackner**, Bad Reichenhall.

6. Stadtmarketingpreis Bayern

Die Bewerbungsrunde für den 6. Stadtmarketingpreis Bayern endet am 31. Mai 2012 (Ausschlussfrist). Der Stadtmarketingpreis wird seit dem Jahr 2010 alle 2 Jahre ausgeschrieben. Es besteht eine konstruktive Zusammenarbeit von Wirtschaftsministerium, Handelsverband Bayern (HABE), Aktionskreis City- und Stadtmarketing Bayern (AKCS) und den Wirtschaftsjunioren Bayern. Der Preis wird auch in diesem Jahr wieder durch Sponsoren und Partner, wie dem Bayerischen Städtetag, unterstützt. Teilnehmen können alle Städte sowie kommunale und privatwirtschaftliche City- und Stadtmarketingorganisationen und Werbegemeinschaften in Bayern. Informationen zum Bewerbungsverfahren unter www.stadtmarketingpreis.de.

Termine

26./27.04.2012	**Forstausschuss** in Kemnath
27.04.2012	**Finanzausschuss** in München
04.05.2012	**Bezirksversammlung Oberbayern** in Ismaning
08.05.2012	**Vorstand** in München
08.05.2012	**Rechnungsprüfungsausschuss** in München
10.05.2012	**Pressekonferenz** in München
16.05.2012	Arbeitskreis **Kommunale Verkehrsüberwachung** in Schweinfurt
06.06.2012	Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
14.06.2012	**Bau- und Planungsausschuss** in München
15.06.2012	**Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in Tutzing
19.06.2012	**Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
21.06.2012	Arbeitskreis **Finanzen** in Kempten
21./22.06.2012	**Finanzausschuss** in Kempten
21.06.2012	**Wirtschafts- und Verkehrsausschuss**
24./26.06.2012	**Arbeitskreis Gartenbau** in Bamberg
28.06.2012	Arbeitskreis **Informations- und Kommunikationstechnologie** in Amberg
29.06.2012	**Sozialausschuss** in München
17./18.07.2012	**Vorstand** in Schweinfurt
18./19.07.2012	**BAYERISCHER STÄDTETAG** in Schweinfurt
25.09.2012	**Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
28.09.2012	**Umweltausschuss** in München
10.10.2012	Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
11.10.2012	Arbeitskreis **Finanzen** in München
11./12.10.2012	**Sportausschuss** in Baiersdorf

11.10.2012	**Wirtschafts- und Verkehrsausschuss**
12.10.2012	**Finanzausschuss** in München
12.10.2012	**Schulausschuss in München**
16.10.2012	**Bau- und Planungsausschuss** in München
17.10.2012	**Gesundheitsausschuss** in München
06./07.11.2012	**Vorstand** in Brüssel
08.11.2012	**Pressekonferenz** in München
14.11.2012	Arbeitskreis **Informations- und Kommunikationstechnologie** in Königsbrunn

abgeschlossen am 23. April 2012

BAYERISCHER STÄDTETAG 2012

am 18. und 19. Juli 2012 in Schweinfurt

„Bürgerbeteiligung zwischen Marktplatz und Internet“

Am Mittwoch, **18. Juli**, treffen sich CSU, SPD und 3. Gruppe zu ihren Besprechungen, anschließend findet die interne Vollversammlung statt. Am Abend lädt die Stadt Schweinfurt zum Empfang.

Am Donnerstag, **19. Juli**, stehen die Ansprache des Städtetagsvorsitzenden Dr. Ulrich Maly, Fachvorträge und eine Podiumsdiskussion zum Tagungsthema auf dem Programm.

Die Einladung mit Tagesordnung und Programm wird den Verbandsmitgliedern im Juni übermittelt.

Organisatorische Hinweise

Tagungsleitung:
Prof. Dr. Ursula MÜNCH
Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing
Dr. Gero KELLERMANN
Akademie für Politische Bildung Tutzing
Dr. Manfred RIEDERLE
Bayerischer Städtetag, München

Tagungssekretariat:
Renate HEINZ
Telefon: 08158/256-47
Telefax: 08158/256-37
E-Mail: R.Heinz@apb-tutzing.de

Anmeldung schriftlich bis spätestens 11. Juni 2012 an das Tagungssekretariat.
Wir bitten um Ihre verbindliche Anmeldung mit vollständig ausgefüllter Anmeldekarte. Ihre Anmeldung gilt als angenommen, wenn Sie von uns keine Absage wegen Überbelegung erhalten, nur bei Anmeldungen per E-Mail erhalten Sie eine Bestätigung. Sollten Sie an der Teilnahme verhindert sein, bitten wir bis **spätestens 12.06.2012** um Nachricht, andernfalls müssen wir Ihnen leider 50% der Tagungsgebühr in Rechnung stellen.

Tagungsgebühr:
Mit Übernachtung 80,00 € (ermäßigt: 50,00 €).
Ohne Übernachtung 50,00 € (ermäßigt: 30,00 €).
Wir bitten um Begleichung bei Anreise durch Barzahlung oder EC-Karte inländischer Banken.
Bestellte und nicht in Anspruch genommene Einzelleistungen können nicht rückvergütet werden.
Ermäßigungsberechtigt sind Schüler/innen, Studierende (bis zum vollendeten 30. Lebensjahr / Stichtag ist der Tagungsbeginn), Studienreferendare, Freiwillige Wehrdienst- und Bundesfreiwilligendienstleistende, Auszubildende, Arbeitslose gegen Vorlage ihres aktuellen Ausweises und Besitzer einer Jugendleiter-Card. Bitte weisen Sie auf der Anmeldekarte bereits darauf hin.

Verpflegung:
Die Verpflegung ist frei. Vegetarische Kost ist bei rechtzeitiger Anmeldung möglich.

Verkehrsverbindungen

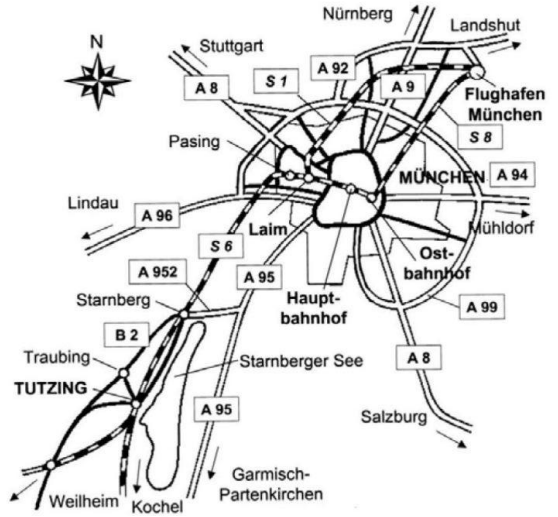
Tutzing liegt ca. 40 km südlich von München.

Ab München-Hauptbahnhof mit der S-Bahn (Linie S6) bis Tutzing (Fahrtdauer 46 Minuten) oder mit der Regionalbahn (Fahrtdauer 28 Minuten) in Richtung Garmisch. Ab Bahnhof Tutzing mit der Buslinie 958 des MVV (Tutzing – Andechs) stündlich immer um :07, am Wochenende alle zwei Stunden in Richtung Akademie (Haltestelle Mühlfeldstraße). Von hier 300 Meter weiter Richtung Ortsausgang zur Akademie.

Der Fußweg zur Akademie ab Bahnhof dauert ca. 30 Minuten. Taxen stehen am Bahnhof.

Mit dem Auto fahren Sie von München auf die Autobahn in Richtung Garmisch (A95) bis zur Abzweigung Starnberg, von dort auf der B2 bis Traubing und dann die Abzweigung links nach Tutzing. Sie finden die Akademie für Politische Bildung kurz nach dem Ortseingang auf der linken Seite.

Anreise nach Tutzing vom Flughafen mit der S-Bahn (Linie S8/S1) bis zum Hauptbahnhof und von dort mit der Linie S6 nach Tutzing (Fahrtdauer insgesamt ca. 90 Minuten).



24-3-12
19.04.2012/RH

Akademie für Politische Bildung Tutzing
Buchensee 1, 82327 Tutzing
Telefon: 08158/256-0
Telefax: 08158/256-14 + 51
Internet: www.apb-tutzing.de

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

BAYERISCHER STÄDTETAG

Kommunalpolitisches Forum

Freiheit und Sicherheit in Städten und Gemeinden

15. bis 16. Juni 2012

EINLADUNG

Seit 2009 führt die Akademie für Politische Bildung Tutzing gemeinsam mit dem Bayerischen Städtetag ein Kommunalpolitisches Forum für politische Entscheidungsträger aus Städten und Gemeinden durch. Das Forum hat zum Ziel, aktuelle Themen mit Experten aus Kommunen, Staat und Wissenschaft zu analysieren und zu diskutieren – und damit Themen viel grundsätzlicher anzugehen als dies im Alltag möglich ist. 2012 steht „Freiheit und Sicherheit in Städten und Gemeinden“ im Mittelpunkt unserer Tagung.

Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung ist eine vorrangig öffentliche Aufgabe, die von der staatlichen Polizei und den kommunalen Behörden gemeinsam wahrgenommen wird. Die im internationalen wie im nationalen Vergleich gute Sicherheitslage in Bayern zeigt, dass dieses Zusammenspiel bislang erfolgreich funktioniert. Gleichwohl sind die Herausforderungen, die Anlass zur Sorge und zur öffentlichen Diskussion geben, nicht zu übersehen.

So zeigt ein Blick auf die jüngere Kriminalstatistik die zentrale Bedeutung von Alkohol als dem „Aggressionsverstärker Nr. 1“. Ungezügelter Alkoholkonsum mit all seinen unrühmlichen Begleiterscheinungen ist mittlerweile ein flächendeckendes Phänomen, das eine intensive politische Debatte nach sich zieht.

Ein weiteres zentrales Thema des diesjährigen Kommunalpolitischen Forums sind die zunehmenden Sicherheitsprobleme im Umfeld von Sportveranstaltungen. Die Gewährleistung eines ungestörten Ablaufs von Fußballspielen ist beileibe nicht nur in Städten mit Bundesligavereinen inzwischen eine hochkomplexe und teure Aufgabe. Der Umgang mit Rechtsextremen stellt immer mehr Kommunen auch in Bayern vor größte Herausforderungen. Und die Probleme der nächtlichen Gastronomieszene bereiten nicht nur der jeweiligen Nachbarschaft schlaflose Nächte. Neben der Diagnose und Analyse dieser Problemfelder widmet sich das Kommunalpolitische Forum auch der Kriminalprävention in den Kommunen und vermittelt dazu die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Die Tagung richtet sich an (Ober-) Bürgermeisterinnen und (Ober-) Bürgermeister, Stadträtinnen und Stadträte, Leiterinnen und Leiter von Sicherheitsbehörden sowie an weitere einschlägig befasste Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Praxis.

Zu unseren kommunalpolitischen Diskussionen laden wir Sie herzlich nach Tutzing ein.

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing

Josef Deimer
Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags,
Altoberbürgermeister von Landshut

Bernd Buckenhofer
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags

Freitag, 15. Juni 2012

ab 14.30 h Anreise, Kaffee im Foyer

15.30 h **Begrüßung**
Prof. Dr. Ursula MÜNCH
Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing

Einführung in das Kommunalpolitische Forum
Josef DEIMER
Altoberbürgermeister von Landshut,
Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich OBERREUTER
Ehem. Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing

Wie sicher sind unsere Städte und Gemeinden?

Moderation
Bernd BUCKENHOFER
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, München

16.10 h **Sicherheitspolitische Herausforderungen für Stadt und Land**
Waldemar KINDLER
Bayerischer Landespolizeipräsident, München

17.00 h **Sicherheit im Wanken?**
Problemfall Alkohol in Städten und Gemeinden

Podiumsdiskussion

Helmut CHASE
Berufsmäßiger Stadtrat, Referent für Rechts-, Sicherheits- und Ordnungsverwaltung, Ingolstadt

Oberbürgermeister Dr. Ivo HOLZINGER
Vorsitzender des Verwaltungs- und Rechtsausschusses des Bayerischen Städtetags, Memmingen

Waldemar KINDLER

Dr. Hans SCHLEICHER
Amtschef Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

18.30 h Abendessen

19.30 h **Kriminalprävention und Kooperation auf der kommunalen Ebene**

Moderation
Prof. Dr. Ursula MÜNCH

Konzepte kommunaler Sicherheitspolitik
Dipl.-Pol. Dipl.-Psych. Hermann GROSS
Stellv. Rektor und Fachbereichsleiter Verwaltung der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung, Wiesbaden

Samstag, 16. Juni 2012

8.15 h Frühstück

Ausgewählte Einzelprobleme

Moderation
Reiner KNÄUSL
Ehem. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, München

9.00 h **Ordnungspolitische Maßnahmen im Umgriff der nächtlichen Gastronomieszene**
Dr. Volker ULLRICH
Augsburg, Berufsmäßiger Stadtrat und Ordnungsreferent

9.45 h **Sportveranstaltungen als Sicherheitsproblem – nicht nur in der Bundesliga**
Leitender Polizeidirektor Herbert HÄRTEIS
Polizeipräsidium Mittelfranken, Nürnberg

10.45 h **Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus**
Erster Bürgermeister Karl-Willi BECK
Wunsiedel

Schlusswort
Prof. Dr. Ursula MÜNCH

12.00 h Mittagessen, Ende der Tagung